WB-FU-01

Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	08.03.2017
Tagesordnungspunkt:	WB.WB-FU Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

Die Zahl der Menschen auf der Flucht wächst von Jahr zu Jahr. Weltweit sind über 60 Millionen Menschen auf der Suche nach Schutz für sich und ihre Familien. Menschen fliehen vor Krieg, politischer Vertreibung und Gewalt, immer häufiger auch vor den Folgen der Klimakrise und Umweltzerstörung. Wir erleben die große Herausforderung der Fluchtbewegung an den Grenzen Europas genauso wie hierzulande. Doch die meisten Menschen fliehen in Regionen nahe ihrer Heimat, in der Hoffnung, zurückkehren zu können.

Aber Flucht ist etwas anderes als Einwanderung. Menschen sind schon immer gewandert. Menschen auf der Flucht brauchen Sicherheit und unsere Hilfe. Für Menschen, die aus freien Stücken in Deutschland leben und arbeiten möchten, braucht es Regeln wie ein Einwanderungsgesetz (à Kapitel: Wir gestalten unser Einwanderungsland).

Unser Land hat in einer Zeit, wo andere Staaten sich weggeduckt haben, vielen Menschen Zuflucht geboten. Wo einige tausende gegen Flüchtlinge gehetzt haben, haben Millionen Menschen geholfen und dadurch gezeigt, wie stark die Zivilgesellschaft in Deutschland ist. Auch die Mitarbeitenden in Verwaltungen und Institutionen sind über sich hinausgewachsen. Viele Menschen in Deutschland haben selbst eine Fluchtgeschichte oder kennen die ihrer Eltern und Großeltern nur zu gut.

Die deutsche Bundesregierung hat zuerst mit großer Humanität reagiert. Dafür hatte sie unsere Unterstützung. Doch leider hat sie sich von dieser Politik abgewendet. Das Asylrecht hat sie massiv verschärft, und zusammen mit anderen europäischen Regierungen betreibt sie die Abschottung Europas. Während Trump plant, eine Mauer zu bauen, versteckt sich Europa mittlerweile hinter Zäunen und Stacheldraht. Diese Abschottung ist nicht nur unmenschlich. Sie verschärft auch auf Dauer die Probleme.

Wir wollen nicht zurück zur Situation des Jahres 2015. In der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit waren, in dem tausende Flüchtlinge nicht wussten, wo nun ihre neue Heimat ist, in dem mancher Flüchtling fünfmal und andere gar nicht registriert wurden. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt, wir wollen geregelte Verfahren und eine Kontrolle der europäischen Außengrenze. Nicht jeder, der zu uns kommt, bleiben kann.

Das Asylrecht der Bundesrepublik ist eines der liberalsten der Welt - auch als Lehre aus der deutschen Geschichte. Das Grundrecht auf Asyl werden wir entschlossen verteidigen. Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab werden. Wir lassen nicht zu, dass sich Europa seiner Probleme entledigt, indem es Flüchtlinge in den Lagern Nordafrikas verelenden lässt. Denn für uns ist eines klar: Flüchtlinge sind keine Ströme, Lawinen oder Wellen, es sind Menschen. Menschen wie wir, mit Hoffnungen und Sorgen, mit Kindern und Familien, aber

einem
Schicksal, das es weniger gut mit ihnen meinte als mit uns.

Wir wollen eine aktive Flüchtlingspolitik betreiben, die für Menschen auf der Flucht sichere Wege schafft, Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen durchführt, damit lange Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben, und diejenigen, die in Deutschland bleiben, gut integriert.

Unser Plan für eine aktive Flüchtlingspolitik

Für uns besteht eine Flüchtlingspolitik aus vier Schritten. Erstens machen wir ernst mit der Bekämpfung von Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist eine, die Flucht unnötig macht.

Zweitens sorgen wir durch legale Wege dafür, dass Flüchtlinge nicht länger ihr Leben in die Hände krimineller Schlepperbanden legen müssen. Dafür wollen wir zum einen großzügige Kontingente schaffen, die Flüchtlingen direkt aus den Flüchtlingslagern in den Anrainerstaaten die legale Flucht nach Europa ermöglichen.

Der dritte, entscheidende Punkt sind schnelle, faire und rechtsstaatlich einwandfreie Verfahren. Es muss schnell Klarheit darüber geschaffen werden, ob ein Asylantrag anerkannt wird oder nicht. Erstversorgung und Unterbringung bis zur Verteilung sowie die Identifizierung, die Registrierung und die Weiterverteilung der Schutzsuchenden auf die Mitgliedstaaten sollten nach Möglichkeit bereits in den europäischen Hot Spots durchgeführt werden. Hot Spots dürfen keine Flüchtlingslager werden. In ihnen muss eine menschenwürdige Unterbringung gewährleistet werden, die insbesondere Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse von

Kranken und Kindern. Mit schnellen Verfahren und schneller Rückkehr können wir am Ehesten verhindern, dass sich Menschen ohne Aussicht darauf in Deutschland bleiben zu können, auf den Weg machen. Bei denen, die nicht bleiben können, hat für uns die Förderung der freiwilligen Rückkehr den Vorrang vor Abschiebungen. Inakzeptabel sind dabei für uns Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen wie Afghanistan und Sammelabschiebungen, bei denen das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt.

Viertens werden wir diejenigen, die bleiben, gut aufnehmen und tatkräftig dabei unterstützen, unsere Sprache zu lernen, eine Wohnung und eine Arbeit zu finden, um schließlich hier eine neue Heimat finden zu können.

Fluchtursachen bekämpfen

Die beste Flüchtlingspolitik ist und bleibt diejenige, die Menschen davor bewahrt, ihre Heimat verlassen zu müssen. Eine Politik, die daran arbeitet, Perspektiven vor Ort zu schaffen. Dazu muss Europa mehr zur Bewältigung der Krisen und Kriege in seiner Nachbarschaft beitragen. Europa muss intensiver als bisher an einer Friedenslösung für Syrien arbeiten, damit Menschen dort wieder eine Lebensperspektive haben. Humanitäre Hilfe gehört unmittelbar dazu. Vor allem aber gilt: Ebenso wichtig wie Leid zu lindern ist es, Leid zu verhindern. Zivile Krisenprävention muss daher ein zentrales Feld grüner Außenpolitik bleiben.

Flucht hat ihre Ursachen auch in globaler Ungerechtigkeit, Korruption und schlechten Lebensbedingungen aufgrund der Klimaerhitzung. Insbesondere in afrikanischen Ländern sind die Auswirkungen der globalen Erhitzung drastisch. In einer solchen Situation können wir es

uns nicht leisten, weniger als die vereinbarten 0,7 Prozent des Bundeshaushaltes für Entwicklungshilfe auszugeben. Klimapolitik ist Fluchtursachenbekämpfung. Wer mit der Kürzung von Entwicklungshilfegeldern droht, verstärkt die Gründe von Flucht.

Um Menschen zu helfen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, muss die deutsche humanitäre Hilfe in einer krisenhaften Zeit wie dieser auf weit über eine Milliarde Euro stabilisiert werden und UN-Hilfsorganisationen wie das World Food Programme brauchen zudem eine dem Bedarf entsprechende stabile Finanzierung. Länder wie Jordanien, Türkei, Pakistan, Libanon, Äthiopien oder Kenia nehmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. Die internationale Gemeinschaft darf diese Länder nicht im Stich lassen.

Für eine menschliche und solidarische europäische Flüchtlingspolitik

Alle europäischen Staaten müssen ihrer Verantwortung in Europa und der EU gerecht werden. Europa hat in seiner langen Geschichte bewiesen, dass es mit den Folgen von Flucht und Vertreibung umgehen und Menschen eine neue Heimat bieten kann. Eine menschliche Flüchtlingspolitik muss die Beseitigung von Fluchtursachen, die Schaffung legaler Fluchtwege nach Europa und die Seenotrettung im Fokus haben. Wir kämpfen für eine menschenrechtskonforme und rechtsstaatliche EU-Flüchtlingspolitik, die sich durch einen fairen Zugang zum Asylverfahren auszeichnet. Bei der Verteilung von Flüchtlingen zwischen den Mitgliedstaaten der Union, durch die Grenzstaaten wie Italien und Griechenland entlastet werden sollen, muss sowohl den Interessen der Aufnahmestaaten als auch denen der Flüchtlinge
Rechnung getragen werden. Wir wollen europaweit einheitlich gute Asylverfahren mit hohen Standards implementieren. Dafür braucht es einen funktionierenden Verteilungsmechanismus und
mehr Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten.

Nach unserem Verständnis der europäischen Werte und der Solidarität ist es Aufgabe aller 27 Mitgliedstaaten, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Bisher ist es ein großes Problem der Flüchtlingspolitik, dass sich einige EU-Staaten dieser Solidarität verweigern. Für dieses Dilemma gibt es kein Patentrezept. Wir glauben aber, dass wir etwas bewegen können, wenn Deutschland an anderen Stellen der Europapolitik mehr auf die Bedürfnisse anderer europäischer Staaten eingeht.

Zur Not kann das auch bedeuten, dass sich nur einzelne Staaten innerhalb der EU im Sinne einer offenen Flüchtlingspolitik koordinieren - aber eine dauerhafte Lösung ist das nicht. Die gegenwärtige Abschottungspolitik der EU und vieler nationaler Regierungen gegenüber Flüchtlingen ist menschenrechtlich verheerend, beschädigt die europäische Wertegemeinschaft, verstärkt nationale Egoismen und bietet in keiner Weise Lösungen für die Fluchtursachen. EU-Länder, die sich einer aktiven Aufnahme und den Standards für die Versorgung und die Verfahren der Flüchtlinge verweigern, müssen die finanziellen Aufwendungen der anderen Mitgliedstaaten mit tragen.

Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei ist falsch. Er schirmt Europa nicht nur vor Verantwortung, sondern Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Europa hat sich dadurch gegenüber der Türkei erpressbar gemacht. Statt die Grenzen dicht zu machen, setzen wir auf sichere Zugangswege nach Europa, etwa durch ein großzügiges EU-Kontingent bei der

Aufnahme
von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei. Zudem müssen Deutschland und die EU ihre humanitäre Hilfe und finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge in der Türkei ausbauen.

Die falsche Politik des EU-Türkei-Deals darf keine Blaupause für neue Abkommen mit Staaten in Afrika und dem Nahen Osten sein. Derzeit bemühen sich die europäischen Regierungen darum,
eine Reihe weiterer solcher Abkommen zu schließen und die Grenzen damit schon weit vor Europa in Afrika und im Nahen Osten zu schließen. Wir Grünen sind hingegen der Überzeugung, dass stärkere Wirtschaftsbeziehungen, Austauschprogramme und zivilgesellschaftliches Engagement ein besseres Modell sind, um mit nordafrikanischen Staaten in eine Dialogpartnerschaft zu treten und - wo nötig - auch bei der Rückkehrpolitik gegenüber abgelehnten Asylbewerbern gemeinsame Lösungen zu finden.

Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik für Deutschland

Deutschland muss sich weiterhin seiner Verantwortung in der Flüchtlingspolitik stellen. Die Bundesregierung hat die Entwicklung hoher Flüchtlingszahlen insbesondere aus Syrien viel zu lange ignoriert und war insbesondere im Jahr 2015 an vielen Stellen überfordert. Ohne das starke Engagement der Bürgerinnen und Bürger, von Kommunen und Vereinen wäre die Aufnahme
der vielen Bürgerkriegsflüchtlinge nicht möglich gewesen.

Im Herbst 2015 hatte Angela Merkel für die Aufnahme der Flüchtlinge unsere Unterstützung. Mittlerweile hat ihre Regierung das Asylrecht beispiellos verschärft. Der Regierungspolitik liegt der Irrglaube zu Grunde, dass ein unattraktives Asylrecht Flucht verhindert. Wir halten auch die von der CDU/ CSU und SPD betriebene Ausweitung von „sicheren Herkunftsstaaten“ für falsch. Unsichere Staaten lassen sich nicht per Gesetz für „sicher“ erklären. Gerade für Minderheiten wie Roma, LGBTIQ aber auch Oppositionelle oder Journalistinnen und Journalisten sind viele Länder oft nicht sicher.

Wir Grünen stehen für die uneingeschränkte Bewahrung des individuellen Grund- und Menschenrechts auf Asyl, das entspricht unserer Verantwortung in einer globalisierten Welt und ist für uns ein Gebot der Menschlichkeit. Mit uns wird es deshalb keine Obergrenze geben.

Faire und rasche Verfahren

Wir wollen Asylverfahren künftig binnen weniger Wochen durchführen, damit lange Wartezeiten für Asylsuchende ein Ende haben. Aufnahmezentren in Baden-Württemberg und Thüringen zeigen
beispielhaft, wie es gelingt, zügige und gleichzeitig für die Flüchtlinge faire Verfahren zu organisieren. Das wollen wir überall erreichen. Dafür haben wir das Fast & Fair-Verfahren entwickelt. Der Antrag von Asylsuchenden soll beim Eintreffen in Deutschland sofort gestellt und sofort bearbeitet werden. Um die Verfahren qualitativ weiterzuentwickeln und um allen Asylantragstellerinnen und -antragsteller faire Verfahren zu ermöglichen, setzen wir darauf, dass verpflichtend unabhängige Rechtsberatung von Anfang an stattfindet.

Asylbewerberinnen und Asylbewerber, deren Anträge im Bundesamt für Migration und Flucht länger als ein Jahr im Verfahren sind, sogenannte Altfälle, sollen künftig eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass in asyl- und

aufenthaltsrechtlichen Verfahren das Kindeswohl vorrangig berücksichtigt und kinderbezogene Fluchtgründe stärker anerkannt werden. Denn gerade die Lebenssituation der Kinder ist es, die Familien oftmals veranlasst, ihrer Heimat den Rücken zu kehren.

Die Integration von Flüchtlingen braucht gute Strukturen

Für die Menschen, die hier Zuflucht finden, wollen wir ein Integrationsgesetz, das diesen Namen auch verdient. Zugang zu Sprachkursen für alle von Beginn an eine möglichst dezentrale
Unterbringung von Geflüchteten und schneller Familiennachzug.

Menschen – insbesondere mit Kriegs- und Gewalterfahrungen – aufzunehmen ist eine Herausforderung für Neuankommende und Einheimische. Jeden Tag leisten viele Haupt- und Ehrenamtliche in unseren Kommunen Großartiges. Dieses Engagement muss flankiert werden von
mehr professioneller Hilfe im Bereich psychosozialer Betreuung von Flüchtlingen. Wir wollen den Menschen das Ankommen erleichtern und ihnen unabhängig von Nationalität und vermeintlicher Bleibeperspektive das Recht auf einen Integrationskurs geben. Der Familiennachzug muss sofort wieder ermöglicht werden. Denn nur wer seine Nächsten in Sicherheit und in seiner Nähe weiß, kann sich auf die neue Heimat mit aller Kraft einlassen. Der grundgesetzlich garantierte, besondere Schutz gilt nicht nur für deutsche Familien. Flüchtlinge werden oft schon allein durch ihre Wohnsituation ausgegrenzt. Deswegen brauchen wir einen schnellen Wechsel von Massenunterkünften in Wohnungen und dafür ausreichend bezahlbaren Wohnraum. Der kommt allen zugute, genauso wie eine Bildungsoffensive für mehr gute Kindertagesstätten und Schulen. Menschen bringen nicht nur ihre Not, sondern auch ihre Fähigkeiten und ihre Motivation mit, wenn sie bei uns Zuflucht suchen. Deswegen wollen wir ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und großzügiger anerkennen, ein verlässliches Bleiberecht während und nach der Ausbildung schaffen und die Vorrangprüfung abschaffen, nach
der deutsche Bewerberinnen und Bewerber bei Ausschreibungen bevorzugt werden müssen. Außerdem wollen wir die Beschränkungen aussetzen, die für Geflüchtete bei der Leiharbeit gelten. Geflüchtete Frauen können bisher zu wenig an den Angeboten der Arbeitsmarktintegration teilhaben. Dafür wollen wir niedrigschwellige Angebote schaffen – im Bereich der Sprach- und Integrationskurse, als auch bei den Arbeitsagenturen. Dabei muss ausreichend Kinderbetreuung angeboten werden.

Wir setzen uns zudem für eine realitätstaugliche Bleiberechtsregelung und eine sichere Zukunftsperspektive für geduldete Menschen ein. Menschen ohne Aufenthaltsstatus sollen Zugang zu Gesundheit und Bildung erhalten. Wohnsitzauflage und Residenzpflicht für Flüchtlinge müssen wieder fallen. Das integrationsfeindliche Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen und die Gesundheitskarte für alle Geflüchteten einführen. Dafür muss der Bund den Ländern und Kommunen ausreichend Geld zur Verfügung stellen. In den grün regierten Ländern haben wir die Kommunen nicht alleingelassen, sondern massiv unterstützt. Frauen und Männer, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen wollen, müssen ein eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht erhalten.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Das Sterben beenden, sichere und legale Fluchtwege schaffen

Es muss sichere und legale Wege für Menschen auf der Flucht vor Krieg und Not geben. Menschen sollen nicht länger auf unsicheren Booten ihr Leben riskieren oder an den Grenzen Europas in schlecht ausgestatteten Lagern ausharren müssen. Deswegen wollen wir die ausgesetzten Kontingente für Flüchtlinge und Seenotrettungprogramme wieder einführen. Neben dem Asylrecht, das wir unangetastet lassen, werden wir ein großzügiges Aufnahmeprogramm (UN-Resettlement) des Bundes auflegen. Baden-Württemberg ist hier mit einem Kontingent für vom IS verfolgte Frauen und Kinder vorangegangen. Wir setzen uns dafür ein, humanitäre Visa einzuführen, die Menschen eine sichere Flucht ermöglichen.

Familien zusammenführen

Sorge und Angst um die Liebsten sowie jahrelange Trennung von Familienangehörigen sind oftmals das größte Hindernis, in einer neuen Heimat anzukommen. Wir wollen deshalb die grausame und für die Integration hinderliche Aussetzung des Familiennachzugs für Geflüchtete wieder rückgängig machen. Auch für subsidiär geschützte Flüchtlinge wollen wir den Familiennachzug ermöglichen. Außerdem werden wir mehr Personal an den deutschen Botschaften einsetzen, um die Wartezeiten für Familienangehörigen-Visa zu verkürzen.

Integration von Flüchtlingen anpacken, Kommunen besser ausstatten

Viele der Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Vertreibung suchen, können in absehbarer Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, ihnen Perspektiven zu eröffnen. Die Grundlage dafür ist, dass sie schnellstmöglich an Integrations- und Sprachkursen teilnehmen können - ohne Einschränkung durch den Aufenthaltsstatus. Um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, wollen wir Ländern und Kommunen ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie diese Herausforderungen gut bewältigen können. Nur wenn Integration von allen Ebenen gleichermaßen getragen wird, kann sie gelingen. Dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden.
